

Unterzeichnung des Chagos-Abkommen

Sir Keir Starmer unterzeichnet ein Abkommen, mit dem die Chagos-Inseln an Mauritius übergeben werden. Im Rahmen des Abkommens wird Mauritius die Souveränität über die Inseln vom Vereinigten Königreich erhalten, den USA und dem Vereinigten Königreich aber erlauben, gegen eine Zahlung von mehreren Milliarden Pfund für einen Zeitraum von zunächst 99 Jahren einen strategisch wichtigen Militärstützpunkt auf einer der Inseln weiter zu betreiben. Zuvor schien das Abkommen nach einem Regierungswechsel sowohl in Mauritius als auch in den USA ins Stocken geraten zu sein, wo die Berater von Donald Trump Zeit hatten, den Plan zu prüfen. 23.05.2025

Treffen der ECOWAS Katastrophenschutzexperten

Die Leiter der Katastrophenmanagement- und Katastrophenschutzbehörden der ECOWAS-Mitgliedsstaaten sind in Accra, Ghana, zur 16. beratenden Sitzung des Regionalausschusses für Katastrophenmanagement in Westafrika (GECEAO) zusammengekommen. Das dreitägige Treffen, das von der ECOWAS-Direktion für humanitäre und soziale Angelegenheiten (DHSA) organisiert wird, zielt darauf ab, den regionalen Wiederaufbauplan und das Roster zu überprüfen, die Katastrophenkoordination zu stärken und die Resilienz in der gesamten Region zu verbessern. 22.05.2025

Lebensversicherung pflanzt 10.000 Mangroven

Absa Life Assurance Kenya hat eine Initiative zur Wiederherstellung von Mangroven in Tsunza, Kwale County, gestartet und 10.000 Bäume gepflanzt. Die Initiative, die in Zusammenarbeit mit lokalen Gemeindegruppen, dem Kenya Forest Service (KFS), den Kenya Defence Forces (KDF) und Umweltpartnern wie Furaha und Bakara Farms durchgeführt wird, zielt auf fast 10 Hektar geschädigter Küstenlinie. Mangroven, die für ihre Fähigkeit bekannt sind, Kohlenstoff zu absorbieren und die Küsten vor Erosion und Sturmfluten zu schützen, werden zunehmend als entscheidend sowohl für den Klimaschutz als auch für die Lebensgrundlagen der Küstenbewohner angesehen. 22.05.2025

Äthiopien: Unruhen am Roten Meer

Äthiopiens Streben nach einem gerechten Zugang zum Roten Meer ist zu einem Brennpunkt in Ostafrika geworden, da die Regierung Abiy Bedenken über die entstehenden regionalen Allianzen äußert, die seinen Zugang zu dieser wichtigen Seeroute einschränken könnten. 21.05.2025

Tansania: Repressionen vor den Wahlen

Präsidentin Samia Suluhu Hassan hat Aktivisten aus dem Nachbarland Kenia gewarnt, dass sie nicht zulassen werde, dass diese sich in die Angelegenheiten ihres Landes einmischen und „Chaos“ verursachen. Ihre Äußerungen erfolgten, nachdem prominente kenianische Anwälte und Menschenrechtsaktivisten ausgewiesen wurden, um sie daran zu hindern, dem Gerichtsverfahren eines wegen Hochverrats angeklagten Oppositionsführers beizuwohnen. Menschenrechtsgruppen sind besorgt darüber, dass die tansanische Regierung im Vorfeld der Wahlen im Oktober immer härter gegen die Opposition vorgeht. Präsidentin Samia wurde weithin dafür gelobt, den Tansaniern mehr politische Freiheit zu geben, als sie 2021 nach dem Tod des Amtsinhabers

John Magufuli ihr Amt antrat. Aber ihre Kritiker sagen, dass Tansania wieder die Repression erlebt, die Magufulis Herrschaft kennzeichnete. Die Regierung bestreitet diese Behauptung. 21.05.2025

Ruanda: Erste Schlaganfallbedingte Herzoperation

Im King Faisal Hospital in Kigali wurde der erste perkutane Verschluss eines offenen Foramen Ovale (klappenartiges Loch zwischen den oberen Herzkammern) in Ruanda erfolgreich durchgeführt, ein seltener Katheter gestützter Eingriff am Herzen eines Schlaganfallpatienten. Dies ist ein Meilenstein in der Patientenversorgung des Landes. 20.05.2025

UN-Gericht unterstützt Anspruch von Äquatorialguinea

Der oberste Gerichtshof der Vereinten Nationen hat Äquatorialguinea in einem Streit mit Gabun über die Inseln Conga, Mbanié und Cocoteros in potenziell ölreichen Gewässern Recht gegeben. Die beiden zentralafrikanischen Länder streiten sich seit den frühen 1970er Jahren darüber. Die Inseln sind praktisch unbewohnt, liegen aber in einer Meereszone, in der bedeutende Ölvorkommen vermutet werden. Der Internationale Gerichtshof (IGH) entschied, dass der Anspruch Äquatorialguineas, der sich auf einen Vertrag aus dem Jahr 1900 zur Aufteilung der französischen und spanischen Kolonialgüter stützt, anerkannt werden sollte. 19.05.2025

EU aufgefordert neu zu agieren

Die Europäische Union wurde aufgefordert, eine „mutige politische Strategie“ für ihr Engagement in der Sahelzone zu entwickeln. In einem offenen Brief an den EU-Vizepräsidenten erklärte Human Rights Watch, dass die „Integrierte Strategie in der Sahelzone“, die im April 2021 in Kraft trat, nach den Militärputschen in der zentralen Sahelzone weitgehend veraltet sei. In Ermangelung einer „klaren gemeinsamen Strategie“ habe die EU an Bedeutung verloren und viele Gelegenheiten verpasst, „einen positiven Beitrag zum Wohlergehen und zum Schutz der Zivilbevölkerung in der Region zu leisten“, so die Menschenrechtsgruppe. 19.05.2025

Xenophobie - Massenabschiebung von Migranten

Die Regierungen von Senegal und Mali sind verärgert darüber, wie ihre Staatsangehörigen in dem Mauretanien behandelt werden. Nach einer Schätzung der Mauretanischen Vereinigung für Menschenrechte (AMDH) wurden allein im März 1.200 Menschen zurückgeschickt, obwohl etwa 700 von ihnen eine Aufenthaltsgenehmigung hatten. Diejenigen, die zurückgeschickt wurden, berichteten Reportern, dass sie wahllos befragt und dann verhaftet, tagelang in engen Gefängniszellen mit unzureichendem Essen und Wasser festgehalten und gefoltert wurden. Viele Menschen blieben in Mauretanien im Gefängnis. Das größtenteils in der Wüste gelegene Land - das teure Abkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet hat, um Migranten von der riskanten Bootsahrt über den Atlantik zu den westlichen Küsten abzuhalten - hat die Zurückweisungen als notwendig bezeichnet, um gegen Menschenschmugglernetzwerke vorzugehen. 19.05.2025

Weitere Info: <https://netzwerkafrika.de/>

Sudan: Drohnenangriffe verschärfen den Bürgerkrieg

Mali: Politische Parteien aufgelöst